

AUSGABE VOM 10. FEBRUAR 2023

Speicherfristen: Breilmann kritisiert „lähmende Untätigkeit“

Müssen Sicherheitsbehörden auch nach dem Terrorismusverfahren in Castrop-Rauxel darauf hoffen, dass Terrorverdächtige bei Mobilfunkanbietern mit den längsten Speicherfristen Kunde sind? CDU-MdB Michael Breilmann befragte die Bundesregierung direkt, ob sie als Konsequenz aus den Ermittlungen zum mutmaßlichen Anschlagfall in der Europastadt die Vorratsdatenspeicherung praxisorientiert zu regeln will. Antwort: Die „Meinungsbildung“ sei „noch nicht abgeschlossen“, ob und wann stehe „derzeit noch nicht fest“, teilt die Bundesregierung lapidar am Mittwoch auf die schriftliche Frage des Parlamentariers hin mit. „Es ist unbestreitbar: Es bedarf eines gesetzlich festgelegten ausreichenden Zeitraums für die Speicherung von IP-Adressen. Eine Ampel, die wie gelähmt wirkt, in zentralen Sicherheitsfragen uneins ist und eine Innenministerin, die lieber Wahlkampf in Hessen macht – das droht immer mehr zum Sicherheitsrisiko zu werden. Hier muss gehandelt werden, auch um künftige Taten zu verhindern!“ kritisiert der CDU-Innenexperte im Vorfeld des nationalen Gedenkstages für die Opfer terroristischer Gewalt am 11. März.

Wohnungsmarkt: Jetzt der Krise entschlossen gegensteuern

Der Deutsche Bundestag hat sich am Mittwoch während einer von der CDU/CSU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zum Thema „Krise auf dem Wohnungsmarkt – Jetzt entschlossen gegensteuern“ mit der Lage auf dem Wohnungsmarkt befasst. Mit Amtsantritt hatte die Ampel-Bundesregierung das selbstgesteckte Ziel ausgegeben,

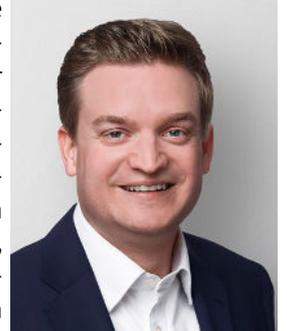


„Bauoffensive ohne Scheuklappen nötig“: Anspruch und Wirklichkeit der Ampel in der Wohnungspolitik klaffen nach Ansicht von CDU-MdB Michael Breilmann weit auseinander. (Foto: Privat)

pro Jahr 400.000 neue Wohnungen – davon 100.000 Sozialwohnungen – bauen zu wollen. Aber mittlerweile hat Bauministerin Geywitz einräumen müssen: Dieses Ziel wird für die Jahre 2022 und 2023 klar verfehlt. Zu erwarten ist, dass es leider auch im Jahr 2024 so weitergeht. Bereits jetzt besteht in vielen Regionen ein erheblicher Mangel an Wohnraum. Das wirtschaftliche Umfeld bleibt auch auf absehbare Zeit sehr herausfordernd: Zinsen und Materialkosten steigen weiter und auf dem Bau herrscht ein immenser Fachkräftemangel. Hinzu kommen von der Ampel hausgemachte Probleme, wie etwa das Chaos bei der KfW-Förderung, überhöhte Standards für die Energieeffizienz oder die Abschaffung bewährter Programme wie das Baukindergeld. Bauherren werden dadurch verunsichert. CDU-Bundestagsabgeordneter Michael Breilmann, Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen: „Bauen und Investieren brauchen vor allem eines: Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Nur mit mehr Wohnungsneubau nehmen wir Druck von den Mieten und schaffen Wohnraum für Familien.“ Dabei müssten alle Wohnformen in den Blick genommen werden, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser. „Nur wenn wir alle Kräfte bei Bauherren und Unternehmen freisetzen und alle Wohnformen berücksichtigen, können wir den Wohnungsneubau in Schwung bringen. Wir brauchen eine Wohnungsbau-Offensive ohne ideologische Scheuklappen“, fordert der CDU-Politiker.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

mich haben die Bilder des Erdbebens in der Türkei und Syrien tief erschüttert. Meine Gedanken gelten den Opfern, den Hinterbliebenen und den Verletzten. Die



Menschen vor Ort trauern um Angehörige, unzählige haben ihr Hab und Gut verloren, ganze Städte sind verwüstet. Auch viele Menschen bei uns haben Familien oder Bekannte in der Region oder möchten den Betroffenen helfen. Zwischen NRW und der Türkei gibt es eine große Verbundenheit, wir stehen an der Seite unserer türkischen Freunde. THW und Hilfsorganisationen sind vor Ort und leisten professionelle Hilfe. Die Retter riskieren oft ihr eigenes Leben. Wir können Gutes tun, indem wir spenden. Hilfslieferungen sind durch die zerstörte Infrastruktur und die ungünstigen Witterungsbedingungen leider erschwert. In Syrien kommt die politisch schwierige Situation hinzu.

Alle, die gerade Sachspenden sammeln, können auf den Seiten der Generalkonsulate Listen mit den benötigten Hilfsgütern finden. Wer über den Landweg die Spenden in die Türkei bringen möchte, sollte vorher bei den Generalkonsulaten die Genehmigung einholen, damit die Güter eingelassen werden. Stand ist, dass diese an der Grenze von der zentralen Katastrophenschutzbehörde der Türkei entgegengenommen und in die betroffene Region gebracht werden. Allen die mithelfen, danke ich von Herzen!

Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



Amoktaten: Regierung sieht keine Zuständigkeit

Was tun gegen bundesweit steigende Messerangriffen in Zügen und Bahnhöfen? Jüngstes Beispiel ist die schreckliche Messerattacke in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg. Der mutmaßliche Täter soll am 25. Januar die Fahrgäste mit einem Messer angegriffen und zwei junge Menschen getötet haben. Fünf weitere Menschen wurden verletzt. Knapp eine Woche vor der Tat war der staatenlose Palästinenser aus der Untersuchungshaft in der Hamburger JVA Billwerder entlassen worden. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Michael Breilmann sieht Handlungsbedarf und im erfolgreich in NRW erprobten Projekt „PeRiskoP“ (Konzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial) auch ein Modell für den Bund. Er fragte die Bundesregierung „im Sinne der Prävention von Angriffen auf Gesundheit und Leben von Bahnreisenden“ nach entsprechenden eigenen Plänen. Ernüchternde Antwort: Die Regierung erklärt sich für nicht zuständig und verwies auf eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe. Das falle in Länderzuständigkeit, teilte das BMI mit. „Daher obliege es den Ländern zu entscheiden, welche Früherkennungskonzepte etabliert werden sollten“, so die Antwort an den Innenexperten.

Panel „Jüdisches Leben in Deutschland heute“



Die Bundeszentrale für politische Bildung organisierte am Dienstag im Bundestag erstmals eine Veranstaltung zum Thema „Jüdisches Leben in Deutschland heute. Drei Generationen und ihre Erfahrungen.“ Mit dabei auch CDU-MdB Michael Breilmann, der zusammen mit seinem Fraktionskollegen Marc Henrichmann (Bild re.) Mitglied im BpB-Kuratorium ist. „Ein tolle Premiere mit spannenden Einblicken! Es gilt, diesen Dialog weiterzuführen und zu vertiefen. Das vielfältige jüdische Leben auch in der Region ist ein Geschenk, für das ich zutiefst dankbar bin“, so Breilmann im Anschluss. (Bild: Privat)

Red Hand Day: Gegen Einsatz von Kindersoldaten



Jedes Jahr engagieren sich Kinder und Jugendliche in aller Welt mit der Aktion Rote Hand gegen den Einsatz von Kindern und Jugendlichen in Kriegen. Die rote Hand steht dabei für das „Nein“ zur Rekrutierung und zum Einsatz von Kindersoldaten. Mit dabei CDU-MdB Michael Breilmann: „Was diese Mädchen und Jungen erleben, macht fassungslos. Ich bin stolz, mit meinem Handabdruck ein Statement gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten geben zu können.“ Die UN gehen davon aus, dass weltweit zehntausende Mädchen und Jungen als Soldaten im Einsatz sind. Minderjährige werden zum Kämpfen gezwungen, werden als Schutzschilde missbraucht und häufig Opfer sexualisierter Gewalt. (Bild: Privat)

Vereinsrecht: Digitale Versammlung wieder möglich

Der Bundestag beschloss am Donnerstag das Gesetz zur Ermöglichung digitaler Mitgliederversammlungen im Vereinsrecht. Während der Pandemie haben sich digitale Mitgliederversammlungen bei Vereinen bewährt. Nach dem Auslaufen der Covid-Gesetzgebung konnten Vereine keine digitalen Versammlungen mehr durchführen, wenn die Satzung das nicht hergab. Die Union hat dieses Thema so lange auf die Tagesordnung gesetzt, bis die Ampel endlich die Notwendigkeit einer dauerhaften gesetzlichen Regelung erkannt hat. CDU-MdB Michael Breilmann: „Das Zögern der Ampel brachte Vereine in die Bredouille. Alles in allem setzen wir mit unserer Beharrlichkeit eine echte Vereinfachung für die Vereinsarbeit auch in der Region durch. Hybride und digitale Versammlungen werden als Alternative zum Treffen in Präsenz für unsere Vereine endlich wieder möglich.“

Impressum:

Ausgabe Nr. 24 der 20. Wahlperiode

10. Februar 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häbeler